Wöchentliche Steuernachrichten (TAX-News) 5. Dezember 2022*

Steuersymposium der EU-Kommission zum Steuermix der Zukunft

Die EU-Kommission hat am 28. November in Brüssel ihr erstes Steuersymposium mit dem Titel "Auf dem Weg ins Jahr 2050: ein Steuermix für die Zukunft" veranstaltet. Dabei erläuterten Steuerexperten und EU-Beamte drei Hauptthemen: Den richtigen Steuermix für die Zukunft, die Rolle der Besteuerung bei der Unterstützung eines nachhaltigen Wachstums und die Unternehmensbesteuerung die über das Zwei-Säulen-Abkommen der OECD hinausgeht. Die Änderung von Steuerstrukturen, um den Kampf gegen den Klimawandel voranzutreiben wurde dabei hervorgehoben. Vitor Gaspar, Leiter der Steuerabteilung des Internationalen Währungsfonds, nannte vier Kernelemente des Wandels: - Die Digitalisierung, welche ein Umdenken in Bezug auf eine effiziente und gerechte Besteuerung bewirkt; - eine sich verändernde Bevölkerungsdynamik, die zu einer Besteuerung des Konsums und des Kapitals anstelle von Arbeit führen wird; - die Globalisierung, die zeigt, dass das Bestimmungsortprinzip robuster ist als das Quellenprinzip; - die globalen öffentlichen Güter, die zur Einführung einer korrigierenden Steuer für Klima und Gesundheit führen werden.
Für André Sapir, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Université Libre de Bruxelles, ist die Besteuerung der Arbeit angesichts ihrer Bedeutung im derzeitigen Steuermix der EU-Mitgliedstaaten das wichtigste Thema. Dabei gehe es nicht nur um die Einnahmen, sondern auch um Gerechtigkeit und Verhaltensänderungen. Einige Experten, wie Rita de la Feria, Professorin für Steuerrecht an der Universität Leeds, vertraten die Ansicht, dass wir keine neuen Steuern schaffen, sondern stattdessen die bestehenden, wie die Mehrwertsteuer, modernisieren sollten. Der tschechische Finanzminister Zbyněk Stanjura warnte, dass ein einheitlicher Ansatz nicht für alle passt und dass es schwierig sein wird, einen gemeinsamen Steuermix zu finden, der für alle Mitgliedstaaten geeignet ist. Die EU-Kommission beabsichtigt, im nächsten Jahr eine Folgeveranstaltung zu organisieren, um die Diskussionen fortzusetzen.

Weiterhin Ungewissheit über eine mögliche Einigung zu Säule II des globalen OECD-Steuerabkommens im EU-Rat

Es besteht nach wie vor Unklarheit über eine mögliche Einigung zu Säule II (Mindestbesteuerung) des globalen OECD-Steuerabkommens auf der Tagung des ECOFIN-Rates am 6. Dezember in Brüssel. Am 1. Dezember, bestätigten die EU-Mitgliedstaaten Berichten zufolge, dass der Richtlinienentwurf technisch fertig sei, aber der ständige Vertreter Ungarns bei der EU gegenüber den EU-Finanzministern anmerkte dass Ungarn seine Position zu Säule II nicht geändert habe. Beobachter zufolge nutzt Ungarn sein Veto, um weitere finanzielle Zugeständnisse auf EU-Ebene zu erreichen. Die positive Bewertung des ungarischen Konjunkturprogramms durch die EU-Kommission am 30. November gab Anlass zur Hoffnung, dass Ungarn sein Veto aufheben könnte. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen sowohl

Säule II als auch das ungarische Konjunkturprogramm auf der Tagesordnung des Ecofin-Rates in Brüssel. Mitte Dezember könnte allerdings eine zusätzliche Sitzung des ECOFIN - Rats einberufen werden.

Vorschau auf DAC8

Die EU-Kommission wird am 7. Dezember die achte Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Steuersachen (DAC8) vorlegen und den Anwendungsbereich auf Anbieter von Krypto-Anlagen auszuweiten. DAC8 wird Berichten zufolge von Kryptobörsen und Anbietern digitaler "Wallets" verlangen, den Steuerbehörden Informationen über die Bestände ihrer Kunden zu geben. Die EU-Kommission müsste Berichten zufolge auch ein zentrales Register für die Erfassung und den Austausch von Informationen über Krypto-Vermögenswerte einrichten, das den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten bis 2026 zur Verfügung gestellt werden soll.

Diskussionen zu DEBRA im EU-Rat vertagt

Die Diskussionen im EU-Rat über den Vorschlag einen Freibetrag zur Verringerung der Verschuldung wurden auf Eis gelegt. Dies geht aus dem Ecofin-Bericht an den EU-Rat über Steuerfragen hervor, der am 6. Dezember angenommen werden soll.
„In Anbetracht der zahlreichen Verflechtungen mit anderen Körperschaftsteuerdossiers, sowohl mit denen, die derzeit im Rat erörtert werden, als auch mit denen, die die EU-Kommission in naher Zukunft in ihrer Mitteilung über die Unternehmensbesteuerung im 21. Jahrhundert ankündigt, wird die Prüfung des DEBRA-Vorschlags ausgesetzt und gegebenenfalls erst dann in einem breiteren Kontext neu bewertet, wenn andere von der EU-Kommission angekündigte Vorschläge im Bereich der Körperschaftsteuer vorgelegt worden sind". Der Vorschlag zu DEBRA wurde im Mai 2022 vorgelegt und zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Eigenkapital steuerlich ähnlich behandelt wird wie Fremdkapital.

EU-Finanzminister beraten über weiteres Vorgehen bei der Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie

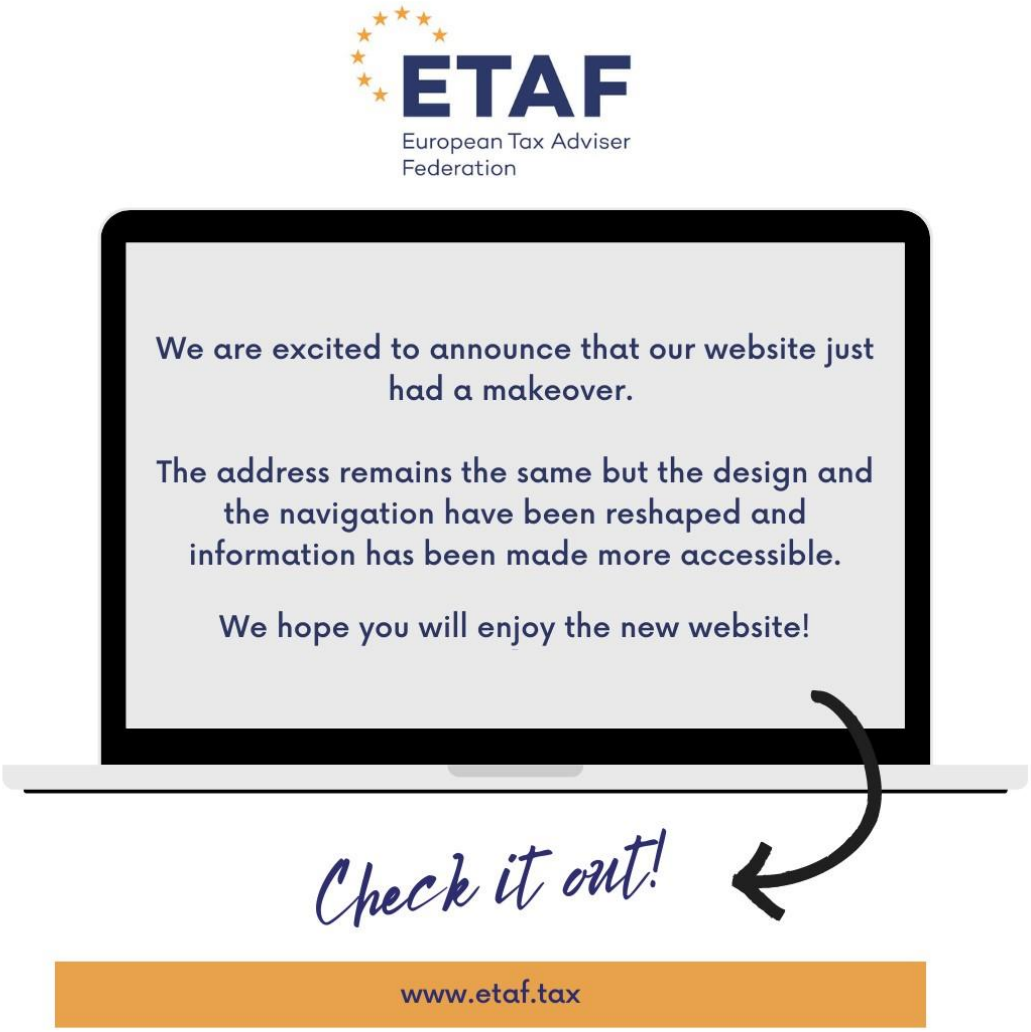
Zur Vorbereitung der Debatte am 6. Dezember zwischen den EU-Finanzministern, hat die tschechische EU-Ratspräsidentschaft ein Vorbereitungsdokument zur Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie veröffentlicht. Dem Dokument zufolge sind einige Mitgliedstaaten noch nicht in der Lage, den Text der Präsidentschaft zu unterstützen oder haben Prüfungsvorbehalte. Insbesondere muss das Tempo der schrittweisen Umsetzung der neuen Vorschriften und die Abschaffung einiger Ausnahmeregelungen für den Luft- und Seeverkehrssektor weiter verbessert werden. "Trotz der intensiven Arbeit am ETD-Dossier hat die Komplexität des Dossiers bisher eine Einigung verhindert", schreibt die tschechische Ratspräsidentschaft.
In dem Dokument werden die Minister insbesondere gefragt, ob sie damit einverstanden sind, dass bei den künftigen Arbeiten ein Kompromiss angestrebt werden sollte, der ein Gleichgewicht zwischen den EU-Mindeststeuerbeträgen und der Länge der Übergangszeiträume herstellt, um den wirtschaftlichen, geopolitischen, geografischen und sozialen Gegebenheiten der Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.

Mitglieder des ECON-Ausschusses im EU-Parlament nehmen Stellung zur UNSHELL-Richtlinie

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des EU-Parlaments hat am 30. November eine nicht bindende Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zur

Festlegung von Kriterien für die Bestimmung von Briefkastenfirmen zur Steuervermeidung (UNSHELL) angenommen. In ihrer Stellungnahme ändern die Abgeordneten den Kommissionsvorschlag, indem sie insbesondere die Schwellenwerte, unterhalb derer ein Unternehmen von den Meldepflichten der Richtlinie befreit ist, leicht absenkten. Die Abgeordneten sprechen sich außerdem dafür aus, dass Unternehmen, die der Meldepflicht unterliegen, verpflichtet werden sollten, detailliertere Informationen bereitzustellen. Die Abgeordneten sprechen sich für Sanktionen in Höhe von mindestens 2 % der Einnahmen eines Unternehmens im betreffenden Steuerjahr aus, wenn diese nicht korrekt berichtet werden und 4 % der Einnahmen, wenn das Unternehmen falsche Angaben macht. Der EU-Rat verhandelt noch über den Text. Berichten zufolge hat der EU-Rat beschlossen, das Einfallstor und den Substanztest in einem Artikel zusammenzufassen, was zu einem einzigen Regelwerk führen würde. Eine Einigung wird nicht vor der spanischen Ratspräsidentschaft im Juli 2023 erwartet.

Entdecken Sie die neue ETAF-Website:



Veranstaltungshinweis:

ETAF
European Tax Adviser Federation

PROGRAMME

7 December 2022

ETAF Conference

VAT goes digital – the tax practitioners' perspective

@ NH EU Berlaymont Hotel,
Bd Charlemagne 11/19, 1000 Brussels

The European Commission will present on 7 December 2022 a package of proposals to modernise VAT reporting obligations and facilitate e-invoicing, update the VAT rules for the platform economy and introduce a single VAT registration in the EU. ETAF is delighted to invite you to discuss with the Commission and tax professionals how these new measures will affect our profession and what are their expected benefits.

14:00 - Welcome coffee

14:30 - Opening remarks by **Philippe Arraou**, ETAF President

14:35 - Keynote speech from **Patrice Pillet**, Head of Unit VAT, DG TAXUD, European Commission

14:50 - Panel discussion moderated by **Elodie Lamer**, Journalist for Tax Notes:

- **Patrice Pillet**, Head of Unit VAT, DG TAXUD, European Commission
- **Dr. Stefanie Becker**, Tax Adviser, ETAF representative in the Commission's VAT expert group
- **Olivier Hody,** Tax Adviser ITAA, Deloitte Global Tax Center Europe, Assistant Professor at ULB

15:55 - Concluding remarks by **Philippe Arraou**, ETAF President

16:00 - Small reception

Simultaneous interpretation EN-FR-DE
The conference will be livestreamed on ETAF social media

European Tax Adviser Federation AISBL – ETAF
Rue Montoyer 25, 1000 Brussels | Belgium
Phone: +32 2 2350-105 | email: info@etaf.tax | www.etaf.tax

Link zur Anmeldung: https://sweapevent.com/etafconference07_12_22

Haftungsausschluss

Dieser Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)